

<u>öffentlich</u>	Anfrage
--------------------------	----------------

Geschäftszeichen 2-601/Schl	Datum 30.09.2025	ANF/2025/010
--------------------------------	---------------------	---------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Kenntnisnahme	16.10.2025

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zur MV/2024/068 vom 01.08.2024 „Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet" (Prüfauftrag)

Anlage/n

- 1 Stellungnahme_Gruene_Parken Wedel_27_09_2024-1



**Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zur MV/2024/068 vom 01.08.2024
„Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet;
hier: Stellungnahme der Politik“**

- a) Erhöhung der Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung im Wedeler Stadtgebiet auf mindestens 700.000 € je Jahr**
- a. durch Ausweitung der Bewirtschaftung
 - b. Erhöhung der Parkgebühren
 - c. Abschaffung der „Brötchentaste“

Die Verwaltung wird beauftragt die Prüfung der Straßen, die zur Einführung und / oder Erhöhung von Parkgebühren geeignet sind, vorzunehmen.

- b) Einführung einer Parkgebühr in der Park + Ride-Anlage**
- a. Prüfung von Tagestickets (3-4 €), eventuell Monatsticket günstiger anbieten
 - b. zur Refinanzierung der Kosten der Bestandserhaltung (200.000 €/ Jahr) bis zur Umsetzung einer der P+R-Varianten

- c) Prüfung, um Parkräume für Pkw-Nutzung freizuhalten:**
- a. In Wohngebieten und weiteren zu prüfenden Straßen werden LKW, Wohnmobilen und Wohnwagen sowie weiteren Fahrzeugen über 3,5 t keine Parkerlaubnis erteilt, um Anwohnern und Besuchern den freigewordenen Parkraum zur Verfügung zu stellen (z.B. am Elbhochufer).
 - b. Normierung und Kennzeichnung von Parkplätzen, d.h. Größe festlegen, so dass Sprinter (Unternehmen) und Wohnmobile nicht am Straßenrand und auf den öffentlichen Flächen parken dürfen. Das Beladen und Entladen von Sprintern / Wohnmobilen bleibt erlaubt.
 - c. Flächen für Wohnmobile, LKW herrichten, damit dort kostenpflichtig geparkt werden darf (zum Beispiel im BusinessPark)

Die Verwaltung möge prüfen, welche Wohngebiete oder mit ruhendem Verkehr besonders belastete Straßen mit Verbotsschildern für das Parken von Fahrzeugen über 3,5 t ausgestattet werden können.

30.9.2024

Bärbel Sandberg, Holger Craemer, Petra Kärgel, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen